

Berufsbildung *im Fokus*



**Prima Ausbildungsqualität
im Handwerk**

**Berufsbildung
nachhaltig stärken –
BLVN-Delegierten-
versammlung in
Soltau**

**Fachkräftemangel
und berufliche
Bildung**

Inhalt

Fachkräftemangel und berufliche Bildung

2014 – ein Jahr mit viel Bewegung

BLVN-Delegiertenversammlung

Gestalten statt verwalten

BLVN wählt neuen Landesvorstand

Die fünf demografischen Plagen

Lutz Hempfing und Jürgen Korte

aus dem Landesvorstand verabschiedet

Aus dem Landesvorstand

Schwerpunktt Themen der Landesverbandsarbeit

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Verabschiedung unseres BLVN-Kollegen MD Gerhard Lange aus dem Arbeitskreis der Schulleiterinnen und Schulleiter im Bereich Weser/Ems

GEW befürwortet Stellenstreichungen im berufsbildenden Bereich

Aus den Bezirks-/Ortsverbänden

Berufliche Bildung – ein Stiefkind der Landesregierung

Informationen für Senioren

Was sich 2015 ändert

Personalräte informieren

Fortbildung: Arbeitsrecht im Hinblick auf Frauen

Unsere Verbandskreditkarte

Wir informieren

Prima Ausbildungsqualität im Handwerk

Klare NBB-Positionen –

Vier Entschlüsse nahezu einstimmig verabschiedet

Neue Landesleitung des NBB komplett	13
Europas größte Bildungsmesse	13
Praktische Ausbildung in der Fachschule Heilerziehungspflege	13
Altersdiskriminierende Besoldung in Niedersachsen	13
Moin Moin	14

Persönliches

Wir gratulieren	14
Wir gedenken	15

Tannengeflüster

Wenn die ersten Fröste knistern
in dem Wald bei Bayrisch-Moos,
geht ein Wispern und ein Flüstern
in den Tannenbäumen los,
ein Gekicher und Gesumm,
ringsherum.

Eine Tanne lernt Gedichte,
eine Lerche hört ihr zu.

Eine dicke alte Fichte
sagt verdrießlich: Gebt doch Ruh!
Kerzenlicht und Weihnachtszeit
sind noch weit!

Vierundzwanzig lange Tage
wird gekräuselt und gestutzt
und das Wäldchen ohne Frage
wunderhübsch herausgeputzt.
Wer noch fragt: Wieso? Warum? –
der ist dumm.

Was das Flüstern hier bedeutet
weiß man selbst im Spatzennest:
Jeder Tannenbaum bereitet
sich nun vor aufs Weihnachtsfest.
Denn ein Tannenbaum zu sein:
das ist fein!

James Krüss

**Wir bedanken uns
für die vertrauensvolle Zusammenarbeit
und hoffen, dass Sie Muße haben,
dem Flüstern in den Tannen zu lauschen.**

**Wir wünschen Ihnen
ein besinnliches Weihnachtsfest,
Gesundheit und Erfolg für das neue Jahr.**

Ihr Redaktionsteam des BLVN

*Alle Mitglieder erhalten
kostenlos den Infobrief „BLVN Aktuell“.
Diese aktuellen Informationen erhalten
Sie vom Ansprechpartner Ihrer Schule
und können ihn auf unserer Homepage*

www.blv-nds.de
herunterladen.

Impressum

Schriftleitung: Clarissa Herrmann, c.herrmann@blv-nds.de

Redaktionsteam: Heinz Ameskamp, Lothar Lücke, Clarissa Herrmann, Bernd Wübbenhorst

Autorinnen/Autoren dieses Heftes:

Heinz Ameskamp, Jürgen Korte, Lothar Lücke,
Norbert Boese, Jürgen Brehmeier, Klaus Engelbrecht,
Eva Meyer-Mahr, Peter Bahr, Renate Lippel,
Clarissa Herrmann, Bernd Wübbenhorst

Herausgeber: Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

Geschäftsstelle: Ellernstraße 38, 30175 Hannover

Telefon (0511) 324073, www.blv-nds.de

Verlag: dbb Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin,
www.dbbverlag.de

Fotos: Clarissa Herrmann: Seite 1, 7; Dr. Gerhard Over: Seite 1, 4, 5

Anzeigen: Bernd Wübbenhorst, b.wuebbenhorst@blv-nds.de

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

ISSN-Nummer: 2190-7064

Redaktionsschluss: 1. März 2015

Fachkräftemangel und berufliche Bildung

2014 – ein Jahr mit viel Bewegung



Heinz Ameskamp

*Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde des BLVN,*

im Jahr 2014 sind im Bereich der beruflichen Bildung viele Veränderungsansätze mit der Zielsetzung, die berufliche Bildung vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und dem propagierten Fachkräftemangel zukunftsfähig aufzustellen, thematisiert worden. Verschiedene Arbeitsgruppen arbeiten an Konzepten zur innovativen Modernisierung.

Aber auch erfreuliche und weniger erfreuliche Ereignisse prägten dieses Jahr. Einige wichtige davon noch mal im Rückblick.

Verbandsintern ist die Delegiertenversammlung in Soltau am 21. und 22. November 2014 hervorzuheben, auf der für die nächsten vier Jahre ein neuer Landesvorstand gewählt worden ist (siehe Bericht dazu).

Unter dem Motto: „Berufliche Bildung nachhaltig stärken“ tagten im Hotel Park Soltau über 100 Delegierte des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen und beschlossen umfangreiche Anträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung. Im Mittelpunkt stand ein umfassendes Grundsatzprogramm, indem die Positionen des Verbandes für alle Bereiche der zukünftigen Ausrichtung der beruflichen Bildung beschrieben sind. Des Weiteren wurden Anträge zur Optimierung der hohen Unterrichtsqualität und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Schulalltag von den Delegierten beschlossen und bilden die Arbeitsgrundlage des neu gewählten Landesvorstandes. Dabei waren unter anderem die Lehrerarbeitszeit, Lehrbelastung, Gesundheitsmanagement, Gleichbehandlung der Berufsbildenden Schulen in Randlagen gegenüber Ballungsgebieten, Berufsorientierung sowie die Verbesserung der Lehrernachwuchsgewinnung und der Lehrerausbildung zentrale Themen.

Als bildungspolitischer Tiefschlag überraschte uns Mitte des Jahres unerwartet der Erlass des MK zur zentralen Stellenbewirtschaftung und die damit verbundene langfristige Streichung von über 320 Lehrerstellen an den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Der BLVN fordert die Zurücknahme des Erlasses zur zentralen Stellenbewirtschaftung und ein klares Signal der Bildungspolitik zur nachhaltigen Stärkung der beruflichen Bildung. Um eine nachhaltige Stärkung der beruflichen Bildung zu erreichen, sind die Kernforderungen des BLVN „mehr Eigenverantwortung“ und „Möglichkeiten zum Gestalten nur erhalten durch verwalten“ die Leitplanken unseres Handelns.

Im Berufsbildungsbericht 2014 wird die Bedeutung der beruflichen Bildung als „Rückgrat des Wirtschaftssystems“ sowohl „im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit als auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht“ deutlich herausgestellt. Um den Fachkräftemangel im Rahmen der demografischen Veränderungen und der sich daraus ergebenden Forderungen und Probleme abzufedern, gilt es, regional und flexibel im Flächenland Niedersachsen Lösungen zu entwickeln.

Wenn die Berufsbildenden Schulen den zu erwartenden Anpassungs- und Veränderungsdruck mit Blick auf die demografische Entwicklung und den drohenden Fachkräftemangel entgegenzutreten sollen, ist Flexibilität vor Ort notwendig. Diesbezüglich waren und sind die Berufsbildenden Schulen mit dem Transfer der ProReKo-Ergebnisse und der damit verbundenen Entwicklung zu Regionalen Kompetenzzentren auf dem richtigen Weg.

Auf Dreiviertel des Weges soll nun umgekehrt werden. Die Einführung der zentralen Stellenbewirtschaftung und die damit einhergehende Wegnahme der monetären sogenannten „freien Spitze“, die schnelle und flexible Lösungen des Personaleinsatzes und der Personalentwicklung vor Ort ermöglichten, deuten zumindest darauf hin. Nicht die Uneinsichtigkeiten und der Ausbau von Machtstellungen der Schulleiterinnen und Schulleiter, wie eine Lehrgewerkschaft kürzlich behauptete, sondern der Ausbau und die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung sowie die Absicherung der betriebs- und wohnortnahen Berufsausbildung sind unsere Ziele.

Diese Ziele stehen in weiten Bereichen im Konsens mit der ausbildenden Wirtschaft. Zur Erreichung der Ziele ist der Erlass zur zentralen Stellenbewirtschaftung aber kontraproduktiv. Zur Modifizierung des mit einer Vorläufigkeit versehenen Erlasses bietet der BLVN seine konstruktive Zusammenarbeit beziehungsweise Mitarbeit an. Nur ein gutes Zusammenwirken von ausgewogenen Stellenplänen und auskömmlichen Budgetmitteln kann auf Dauer eine gute und flexibel aufgestellte Schule gewährleisten.

Konstruktive Mitarbeit praktiziert der BLVN durch Vorstands- und Verbandsmitglieder, die aktiv in den ebenfalls im Jahr 2014 geschaffenen Foren „Bündnis für Duale Berufsausbildung“ des MK und „Zukunftsforum Demografie“ der Staatskanzlei mitarbeiten. In diesen Foren zur Nachwuchssicherung von Fachkräften arbeiten alle an der beruflichen Bildung beteiligten Kräfte an Zukunftskonzepten für die berufliche Bildung.

Das „Bündnis Duale Berufsausbildung“ gliedert sich in die fünf jeweils parallel tagenden Arbeitsgruppen

- Stärkung der Berufsorientierung an allen Schulformen
- Entwicklung eines Konzeptes für eine koordinierte Beratungsstruktur
- Einstiegssystem berufsbildende Schulen
- Integration von unversorgten Jugendlichen in duale Berufsausbildung
- Wohnortnahe Beschulung und Qualitätssicherung

Beim „Zukunftsforum Demografie“ der Staatskanzleitagen in der Arbeitsgruppe Bildung II jeweils parallel die drei Unterarbeitsgruppen

- Berufliche Bildung und Berufsorientierung
- Hochschulische Bildung
- Lebenslanges Lernen

Der BLVN hofft auf zukunftsorientierte Lösungen im Sinne der Stärkung der beruflichen Bildung und ist gespannt, welche Ergebnisse uns das Jahr 2015 dazu bringen wird. Wir werden in unseren Publikationen zu gegebener Zeit über die für uns wichtigen Ergebnisse zeitnah und umfassend informieren.

Liebe Leserinnen und Leser, auch in diesem Jahr konnten sicher nicht alle Erwartungen zu Ihrer und unserer Zufriedenheit gelöst werden. Es war ein Jahr, in dem es nach anfänglichem Stillstand letztendlich viel Bewegung im Bereich der beruflichen Bildung gegeben hat, um Lösungskonzepte für den Fachkräftemangel zu erarbeiten.

Getragen von der Überzeugung, dass die berufliche Bildung ein wesentlicher Bildungs- und Wirtschaftsfaktor in einer Industrienation ist, wird der BLVN auch im neuen Jahr seine Positionen ein-

bringen und die anstehenden notwendigen Reformprozesse konstruktiv und kritisch begleiten.

Ich bedanke mich bei allen, die sich im Jahr 2014 mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein für die zukunftsfähige Gestaltung der beruflichen Bildung und für unseren Verband, dem BLV Niedersachsen e.V., eingesetzt haben und wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Weihnachtsferien und für das neue Jahr 2015 viel Glück und Freude verbunden mit Erfolg, Zufriedenheit und vor allem guter Gesundheit.

In diesem Sinne grüßt Sie ganz herzlich

*Heinz Ameskamp,
BLVN-Landesvorsitzender*

BLVN-Delegiertenversammlung

Gestalten statt verwalten

BLVN-Delegiertenversammlung

21. bis 22. November 2014 in Soltau (Hotel Park Soltau)

Die Berufsschullehrerinnen und -lehrer forderten auf der zweitägigen Delegiertenversammlung des BLVN (Berufsschullehrerverband Niedersachsen) in Soltau eine Zurücknahme des Erlasses zur zentralen Stellenbewirtschaftung und ein klares Signal der Bildungspolitik zur nachhaltigen Stärkung der beruflichen Bildung. Für die Berufsbildenden Schulen wurde zusammenfassend die Forderung des BLVN „Gestalten statt verwalten“ geprägt.

Unter dem Motto: „Berufliche Bildung nachhaltig stärken“ tagten im Hotel Park Soltau über 100 Delegierte des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen und beschlossen umfangreiche Anträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung. Kernpunkt ist ein umfassendes Grundsatzprogramm, das die Positionen des Verbandes für alle Bereiche der zukünftigen Ausrichtung der beruflichen Bildung aufzeigt. Anträge zur Optimierung der hohen Unterrichtsqualität durch verbesserte Rahmenbedingungen wurden von den Delegierten beschlossen und bilden die Arbeitsgrundlage des Landesvorstandes. Diese Beschlüsse beinhalten unter anderem Maßnahmen zu kürzeren Arbeitszeiten, Entlastungen der Kollegien, Gleichbehandlung der Berufsbildenden Schulen in Randlagen gegenüber Ballungsgebieten, Ausweitung der Berufsorientierung sowie Verbesserung der Lehrernachwuchsgewinnung und -ausbildung.

In der Ansprache des Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp im öffentlichen Teil der Versammlung forderte er die innovative Weiterentwicklung der beruflichen Bildung im Rahmen des ReKo-Prozesses beziehungsweise der Berufsbildenden Schulen. Mit Hinweis auf den Berufsbildungsbericht 2014 unterstrich er die Bedeutung der beruflichen Bildung als „Rückgrat des Wirtschaftssystems“ auch „im Hinblick auf Bildungsgerechtigkeit als auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht“. Um den Fachkräftemangel im Rahmen der demografischen Veränderungen und der sich daraus ergebenden Forderungen und Probleme abzufedern, gilt es, regional und flexibel im Flächenland Niedersachsen Lösungen zu entwickeln. Die Grundforderungen des BLVN zur Modernisierung



der Berufsbildenden Schulen sind die Sicherung und Steigerung der schulischen Qualität, die Entwicklung zu Regionalen Kompetenzzentren (ReKo) und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen. Nach dem ProReKo-Modell, so Ameskamp, waren die Berufsbildenden Schulen auf einem guten Weg zum Transfer der Ergebnisse in die ReKo-Zentren und jetzt höre man auf Dreiviertel des Weges auf durch die Einführung der zentralen Stellenbewirtschaftung und die damit einhergehende Wegnahme der monetären sogenannten „freien Spitze“, die schnelle und flexible Lösungen des Personaleinsatzes vor Ort ermöglichte. Nicht Uneinsichtigkeiten und der Ausbau von Machtstellungen der Schulleiterinnen und Schulleiter, wie eine Lehrgewerkschaft, offensichtlich ohne Kenntnis des Berufsbildungssystems, behauptete, sondern der Ausbau, die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung sowie die Absicherung der betriebs- und wohnortnahen Berufsausbildung seien die Ziele, machte Ameskamp deutlich. Hierzu ist der Erlass zur zentralen Personalbewirtschaftung unverzüglich zurückzunehmen und in eine sachliche Diskussion einzusteigen, um die dahintersteckende Problematik der zeitnahen Ausnutzung von Ressourcen zu nutzen. Ameskamp stellte hier die konstruktive Mitarbeit des BLVN in Aussicht. Frau Cornelia Hartwig und Frau Elke Starostzik vom Kultusministerium zeigten in ihren Ansprachen die Beweggründe für die Formulierung des Erlasses



ses auf. Sie berichteten von einem, nach Meinung des BLVN, geringfügigen Erfolg in der Stellenbesetzung. Für eine Zusammenarbeit boten auch sie ihre Mitarbeit an, um den Erlass in Richtung einer schnellen und flexiblen Anpassung an den Strukturwandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt der Regionen nachzubessern.

Auch die Qualifikation und die Rekrutierung neuer Lehrkräfte, insbesondere in den bekannten Mangelbereichen, war wichtiges Thema zur Optimierung der Unterrichtsqualität. Zu dieser Problematik hielt Prof. Dr. Herwig Birg eine kurzweilige und informative Festrede mit dem Titel: „Die fünf demografischen Plagen – Wie übersteht Deutschland die bestprognostizierte Krise seiner Geschichte?“ Aus einem Pool von 600 Folien verdeutlichte er in seiner Präsentation die durch den Rückgang der Bevölkerung und sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen sowie die auf uns zukommenden Schwierigkeiten und Probleme auch für den Bildungssektor.

Bei den diesjährigen Vorstandswahlen wurde Heinz Ameskamp mit überwältigender Mehrheit als Landesvorsitzender bestätigt. Gabriele Droste-Kühling, Dr. Gerd Over und Bernd Terhorst wur-

den als stellvertretende Vorsitzendewieder gewählt. Norbert Boese als Schatzmeister und Bernd Wübbenhorst als Geschäftsführer wurde ebenso das Vertrauen ausgesprochen.

Vera Sommer als Schriftführerin und Ralph Böse als stellvertretender Vorsitzender komplettieren den Vorstand als neu gewählte Mitglieder.

Den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Lutz Hempfing und Jürgen Korte wurde für ihre langjährige erfolgreiche Mitarbeit gedankt und gewürdigt.

Der Bürgermeister der Stadt Soltau schloss sich in seinem Grußwort der Forderung nach Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung an. Gegenwärtig werde die von manchen als provozierend empfundene These des Professors der Philosophie Julian Nida-Rümelin diskutiert, der von einem „Akademisierungswahn“ spricht und beklagt, dass die gegenwärtige Bildungspolitik einen Weg eingeschlagen habe, der „die einzigartige Qualität des deutschen Bildungssystems“ zu beschädigen drohe, „nämlich die Herausbildung einer exzellenten Facharbeiterschaft, die alle Schichten der Gesellschaft aufnimmt.“ Bildungspolitik müsse wieder zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückfinden, nämlich das Potenzial von Schülern zu fördern, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln, zum Nutzen der Schüler und zum Nutzen der Gesellschaft.

In diesem Sinne unterstütze er die Forderung einer nachhaltigen Stärkung der beruflichen Bildung, die ja zugleich das Motto dieser Delegiertenversammlung sei.

Jürgen Korte, Lothar Lücke

BLVN-Delegiertenversammlung wählt neuen Landesvorstand



Stefan Nowatschin beglückwünscht den neuen Landesvorstand.

Am 21. November 2014 wurde im Rahmen der BLVN-Delegiertenversammlung in Soltau von den 104 stimmberechtigten Delegierten ein neuer Landesvorstand gewählt.

Hier die Zusammensetzung des neuen Landesvorstandes:

Vorsitzender: Heinz Ameskamp – BV Oldenburg

Stellvertretende

Vorsitzende: Ralph Böse – BV Braunschweig
Gabriele Droste-Kühling – BV Oldenburg

Dr. Gerhard Over – BV Osnabrück
Bernd Terhorst – BV Osnabrück

Geschäftsführer: Bernd Wübbenhorst – BV Hannover-Süd

Schatzmeister: Norbert Boese – BV Ostfriesland

Schriftführerin: Vera Sommer – BV Hannover-Süd

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Stefan Nowatschin gratuliert dem neuen Landesvorstand zur Wahl und wünscht viel Erfolg bei der Arbeit für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen.

Die fünf demografischen Plagen

Deutschland hat das Potenzial für eine der höchsten Geburtenraten in Europa

von Herwig Birg*

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der demografischen Krise eine sogenannte Demografie Strategie entwickelt. Darin werden Maßnahmen für alle denkbaren Auswirkungen des demografischen Wandels vorgestellt, aber man findet! so gut wie kein Wort über eine Steuerung der Ursachen. Die Hauptursache der Krise – die niedrige Geburtenrate – soll unter keinen Umständen beeinflusst werden. Grund: „Der Staat hat im Schlafzimmer nichts zu suchen.“ Ein wahrer Satz, aber der Staat betreibt auf seine Weise massive Bevölkerungspolitik und regiert bedenkenlos in die Familien hinein.

Auf die Entscheidungen für oder gegen Kinder hat nicht die Familienpolitik die größte Wirkung, sondern Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Indem etwa eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Realeinkommen der Menschen erhöht, vergrößert sie zugleich das entgangene Einkommen, wenn eine Frau zugunsten der Erziehung von Kindern auf Erwerbsarbeit verzichtet, falls sich nicht beides vereinbaren lässt. Auf diese Weise übt die Wirtschaftspolitik, ohne formal zuständig zu sein, eine negative Nebenwirkung auf die Geburtenrate aus, deren Ausmaß den Einfluss der Familienpolitik weit übertrifft. Ähnliches gilt für Politikbereiche wie die Sozial- und Bildungspolitik.

Die Stärke der Familien in Deutschland wird allgemein verkannt: Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Menschen hat Kinder, und zwar seit Jahrzehnten unverändert die ideale Zahl von durchschnittlich zwei pro Frau. Deutschland hat nur deshalb eine der niedrigsten statt eine der höchsten Geburtenraten Europas, weil wesentlich mehr Menschen kinderlos bleiben als in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich. Beim Jahrgang 1950 war die größte Frauengruppe – die nicht Zugewanderten in den allen Bundesländern – noch zu 15,4 Prozent zeitlebens kinderlos. Der Prozentsatz erhöhte sich bis zum Jahrgang 1970 auf den internationalen Spitzenwert von 30 Prozent. In den neuen Bundesländern und bei den Zugewanderten ist der Prozentsatz nur halb so hoch, aber er stieg ebenfalls vom Jahrgang 1950 bis zum Jahrgang 1970 auf das Doppelte – Tendenz steigend.

Die Konsequenzen der niedrigen Geburtenrate erinnern an die Plagen der Bibel. In Deutschland sind fünf demografische Plagen in Form von wachsenden Verteilungskonflikten zu unterscheiden:

- Erstens zwischen alten und jungen Generationen beziehungsweise zwischen den Beitrags- und Steuerzahlern einerseits und Menschen im Ruhestand andererseits.
- Zweitens innerhalb jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit beziehungsweise ohne Nachkommen: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2001 ist die Pflegeversicherung – darüber hinaus auch die Renten- und Krankenversicherung – verfassungswidrig, weil Kinderlose privilegiert werden, indem sie die vollen Versorgungsansprüche erwerben, ohne den „generativen“ Beitrag in der Form der Kindererziehung zu leisten, ohne den die umlagefinanzierte Sozialversicherung nicht funktioniert.
- Drittens zwischen den Entleerungsgebieten einerseits und den Landeshauptstädten und Metropolregionen andererseits, die ihre demografischen Defizite zulasten der Entleerungsgebiete verringern.



Prof. Dr. Herwig Birg referiert über die „Fünf demografischen Plagen“.

- Viertens zwischen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund: Migranten leben aufgrund ihrer im Durchschnitt wesentlich schlechteren schulischen und beruflichen Qualifikationen zu einem viel höheren Anteil von Sozialtransfers.
- Fünftens zwischen den Ländern im Norden und Süden Europas, denn die Finanzkrise entstand nicht zuletzt aus der Schuldenaufnahme zur Finanzierung der demografischen Lasten der sozialen Sicherungssysteme, deren Defizite in allen Ländern durch die niedrige Geburtenrate verursacht werden.

Die Politik könnte, wenn sie es wollte, für einen Wiederanstieg der Geburtenrate sorgen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, sie betreibe Bevölkerungspolitik nach dem Muster der Nazizeit. Dafür müssten vor allem folgende Maßnahmen ergriffen werden: Beendigung der verfassungswidrigen Benachteiligung der Familien durch Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts im Bereich der Sozialversicherung; Schaffung von attraktiven Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem Vorschulalter; Bevorzugung von Eltern bei der Besetzung von Arbeitsplätzen bei gleicher Qualifikation der Bewerber; Konzentration der staatlichen Ehe- und Familienförderung auf die Erziehung von Kindern statt auf den formalen Status der Ehe; Einführung demografischer Kennziffern in den Finanzausgleich auf allen regionalen Ebenen. Die wichtigste Maßnahme wäre die Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts, denn durch die Missachtung der höchst richterlichen Rechtsprechung hat Deutschland auf diesem Gebiet seine Rechtsstaatlichkeit verloren. Durch die Missachtung des Rechts wird die Schrumpfung der Bevölkerung beschleunigt, die Alterung verstärkt und die Einwanderung zulasten der Herkunftsgebiete gefördert.

* Herwig Birg ist Demografieexperte und Professor an der Universität Bielefeld.

Quelle: FAZ

Lutz Hempfing und Jürgen Korte aus dem Landesvorstand verabschiedet

Auf der BLVN-Delegiertenversammlung am 21. November 2014 in Soltau wurden die Kollegen Lutz Hempfing und Jürgen Korte vom neu gewählten Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp aus dem Landesvorstand verabschiedet. Beide hatten nicht wieder für den Landesvorstand des BLVN kandidiert.

Lutz Hempfing hat viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender die Arbeit des BLVN-Vorstandes unterstützt. Er war im Vorstand für die berufspolitischen Fragen zuständig und hat den gesamten Rechtsschutz für die Mitglieder in Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungszentrum des Deutschen Beamtenbundes in Hamburg organisiert. Er vertrat den BLVN vier Jahre als Mitglied in der Landesleitung des Niedersächsischen Beamtenbundes und anschließend auch im Landesvorstand des NBB. Des Weiteren hat er in der Fachgruppe Berufsbildende Schulen des Schulhauptpersonalrats beim Niedersächsischen Kultusministerium für eine Amtsperiode die Belange der gesamten Berufsschullehrerschaft wahrgenommen. Lutz Hempfing war auch Gründungsmitglied des BLVN. Dienstlich wurde Lutz Hempfing inzwischen in den Ruhestand verabschiedet.

Jürgen Korte war ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender und auch als Schriftführer im Landesvorstand des BLVN tätig. Er arbeitete in besonderer Weise bei der Betreuung junger Lehrkräfte im Rahmen der Nachwuchsbetreuung für den BLVN. Sein Interesse galt aber auch schulpolitischen Fragen sowie dem gesamten Prozess der Entwicklung berufsbildender Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren. Durch seine Arbeit auch gerade als Schriftführer des Vorstandes konnte er durch Sachkompetenz die Vor-



Jürgen Korte und Lutz Hempfing bei ihrer Verabschiedung während der Delegiertenversammlung

standsarbeit in erheblichem Maße strukturieren. Dienstlich ist Jürgen Korte inzwischen als Schulleiter tätig.

Heinz Ameskamp würdigte die Verbandsarbeit beider Kollegen und bedankte sich bei beiden mit einem Geschenk. Die Delegiertenversammlung verabschiedete beide Kollegen mit langem Applaus.

Wir bedanken uns bei beiden Kollegen für die geleistete Arbeit, wünschen beiden gute Gesundheit und Lutz Hempfing alles Gute im Ruhestand und Jürgen Korte viel Erfolg als Schulleiter.

Lothar Lücke

Aus dem Landesvorstand

Schwerpunkthemen der Landesverbandsarbeit

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden.

Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- Die Delegiertenversammlung des BLVN hat am 21. und 22. November 2014 im Hotel Park Soltau in Soltau stattgefunden (siehe dazu die Berichte in unseren Publikationen). Aus der Sicht des Landesvorstandes war es in jeder Beziehung inhaltlich und organisatorisch eine gelungene Veranstaltung mit aktuellen Redebeiträgen und Diskussionen und einer ausgewogenen Organisation. Der BLVN hat nun einen neuen Landesvorstand. Lutz Hempfing und Jürgen Korte haben nicht mehr kandidiert, dafür wird der Landesvorstand durch Vera Sommer und Ralph Böse komplettiert.
- Der neue Landesvorstand wird am 12. Dezember 2014 zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammentreten. Dabei werden die Ergebnisse von Soltau analysiert werden. Die dem Landesvorstand aus der DV mitgegebenen Arbeitsaufträge aus den angenommenen beziehungsweise den zur Bearbeitung überwiesenen Entschlüssen und Anträgen werden die Arbeit des Vorstandes in den nächsten Monaten und Jahren neben der aktuellen bildungspolitischen Entwicklung bestimmen.
- Ein Schwerpunkt für die Arbeit in den nächsten Jahren wird daneben der Aufbau einer optimierten Kommunikationsstruktur innerhalb des BLVN sein. Die Klausurtagung am 17./18. Oktober hat dazu bereits Wege aufgezeigt.
- Die Teilnahme der BLVN-Delegierten auf dem Landesgewerkschaftstag des NBB am 1. und 2. Dezember 2014 in Hildesheim dokumentiert die Zusammenarbeit mit dem NBB und übergeordnet auch mit dem dbb in allen beamtenrechtlichen Fragen. Die dort gefällten und weitestgehend vom BLVN mit-

getragenen Entscheidungen dienen der Zukunftssicherung unserer Mitgliedschaft auf vielen Gebieten von der Arbeitszeit über die Versorgung bis hin zur Einkommensentwicklung.



wie gewohnt sachlich und diszipliniert, aber mit der notwendigen Deutlichkeit mit einer Pressemitteilung (siehe Homepage). Es ist dabei schon erstaunlich, mit welcher Unkenntnis von der Situation in den Berufsbildenden Schulen die Autoren der GEW agieren und die Stellenstreichungen sowie die Rücknahme der Stellen- und Budgetbewirtschaftung an das KM befürworten. Es ist zudem äußerst polemisch und hetzerisch seitens des Vorsitzenden der GEW, wenn er den Schulleiterinnen und Schulleitern

deren Arbeit im ReKo-Prozess als Ausbau ihrer eigenen Interessen und ihrer Machtposition unterstellt.

- Viele der vom alten Landesvorstand bearbeiteten Aufgaben zum Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen, aber auch zur Fortentwicklung und Sicherung des beruflichen Schulwesens bleiben natürlich bestehen und werden vom neuen Landesvorstand mit dem notwendigen Nachdruck weiterverfolgt.
- Der BLVN wehrt sich dabei nach wie vor in Kooperation mit dem VLWN massiv gegen die Rücknahme von Elementen des ReKo-Prozesses durch das Kultusministerium. Die Rücknahme der freien Stellenanteile von den Berufsbildenden Schulen und deren zentrale Bewirtschaftung sowie die massiven Stellenstreichungen bremsen die von allen Parteien im Landtag mitgetragene Entwicklung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren vor deren endgültigen Umsetzung aus und sind nicht hinnehmbar.
- Gespräche dazu werden auch vom neuen Landesvorstand mit dem Ministerium, dem Staatssekretär und der Ministerin geführt. Auch werden die anderen an der beruflichen Bildung Beteiligten in die Gespräche einbezogen. Die berufliche Bildung darf wegen ihrer zentralen Zukunftsbedeutung nicht geschwächt werden, sondern muss zukunftsicher den Anforderungen entsprechend aufgestellt werden.
- Auf die öffentliche Kritik unserer Berufsverbände BLVN und VLWN und die Unterstellungen gegenüber unseren Schulleiter/-innen durch die GEW reagieren die Verbände
- Die Optimierung der Umsetzung des ReKo-Prozesses an den Berufsbildenden Schulen bleibt weiterhin eines unserer zentralen Anliegen neben der Erhaltung beziehungsweise Stärkung der im Land Niedersachsen unterschiedlich aufgestellten Berufsfachschulen und aller anderen Vollzeitschulformen an den Berufsbildenden Schulen. Die Stärkung und Sicherung des sogenannten Übergangssystems an den Berufsbildenden Schulen sowie die Erhaltung und Stärkung der dualen Bildung in der Berufsschule sind weitere zentrale Themen unserer Arbeit, an denen unser Verband in Kooperation mit dem VLWN ebenso wie in anderen Arbeitsausschüssen zur Lösung der noch vorhandenen Fragen mitwirkt. Wir sind nach wie vor zuversichtlich, mit der Landesregierung einvernehmliche Lösungen zu finden.
- Die Ausbildung von Berufsschullehrern oder innovative, reale Wege zur Beschaffung von qualifiziertem Lehrpersonal an unseren Berufsbildenden Schulen bleibt weiterhin ein wichtiges Anliegen des Landesvorstandes in Gesprächen mit den Verantwortlichen.

Norbert Boese, BLVN-Landesvorstand

Verabschiedung unseres BLVN-Kollegen MD Gerhard Lange aus dem Arbeitskreis der Schulleiterinnen und Schulleiter im Bereich Weser/Ems

Am 11. November 2014 wurde unser Kollege MD Gerhard Lange aus dem Schulleiterkreis Weser/Ems auf dessen Herbsttagung in Garrel/Petersfeld an der Thülsfelder Talsperre verabschiedet. Die Schulleiterinnen und Schulleiter des BLVN aus den Bezirken Osnabrück, Oldenburg und Ostfriesland bedankten sich bei Herrn Lange für die jahrelange Unterstützung ihrer Arbeit auf den Treffen durch seine wertvollen Informationen und Ratschläge.

Norbert Boese hielt als langjähriger BLBS-Landesvorstandskollege von Gerhard Lange die Laudatio. Er bezeichnete den Kollegen Lange als sehr angenehmen Menschen und zuverlässigen Kollegen und ebenso treues Verbandsmitglied. Er betonte, dass es weh tut, wenn eine Ära endet, in der durch den Kollegen Gerhard Lange aus dem Kultusministerium immer zuverlässig Informationen loyal in diesen Arbeitskreis hineingetragen wurden, Informationen, auf denen die Schulleiterinnen und Schulleiter aufbauen konnten in ihren Überlegungen. Sie geben ihnen häufig im Alltagsgeschäft an den Schulen wertvolle Hilfe. Norbert Boese sagte dieses im Namen aller anwesenden Schulleiterinnen und Schulleiter und auch des BLVN-Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp.

Herr Lange war immer bereit, die Frühjahrs- und Herbsttermine trotz seiner knappen Zeit in dem Amt des Ministerialdirigenten mit dem Arbeitskreis abzusprechen. Er war ein fester Bestandteil dieses Arbeitskreises. Es spricht für sich, dass die Teilnahme an diesem Arbeitskreis beinahe eine Pflicht für jeden der Schulleiterinnen und Schulleiter war und auch heute noch ist ungeachtet deren wahrlich nicht wenigen anderweitigen Verpflichtungen. Die „Fehlquote“ war und ist stets äußerst gering, was auch der qualitativ hochwertigen und aktuellen Information durch unseren Kollegen Gerhard Lange und dessen sachlicher Beurteilung der Dinge geschuldet ist neben den wertvollen Erfahrungsaustauschen untereinander. Hier ist man sich unter Verbandskollegen bei manchmal auch konträren Auffassungen freundschaftlich gesinnt und kann ebenso mal Luft ablassen oder abseits von protokollarischen Formalitäten miteinander sprechen.

Herr Lange betont in seinen Abschiedsworten aber auch, dass er stets gerne gekommen ist und auch für sich vieles mitgenommen hat für seine Arbeit in Hannover. Das ehrliche und offene Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort hat für beide Seiten wertvolle Erfahrungen gebracht.

Daneben erfährt der Arbeitskreis aber auch Unterstützung durch die Abteilung der Landesschulbehörde in Osnabrück, die jedes



Gerhard Lange nimmt die Dankesworte der Anwesenden entgegen.

Mal durch Informationen und Ratschläge, insbesondere mit regionalen Bezügen, diesen Kreis bereichern, namentlich durch Herrn Rittmeister in früheren Jahren, zwischenzeitlich unterstützt durch Herrn Thöle beziehungsweise danach und aktuell durch Frau Homann.

Moderiert wurde der Schulleiter-Arbeitskreis anfangs durch den Kollegen Gerd Neumann als Mitbegründer dieses Kreises, dann von Norbert Boese und heute von Robert Ottens.

Norbert Boese wünschte Gerhard Lange im Namen des Arbeitskreises für den am 1. Dezember beginnenden Ruhestand alles erdenklich Liebe und Gute, vor allem viele gesunde und glückliche

Jahre zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth. Langeweile wird er sicher nicht bekommen, betonte Norbert Boese. Wer ihn kennt, weiß, welche schönen Hobbys und Arbeiten auf seinem herrlichen Gutshof in Bückeburg auf ihn warten. Dazu hat er bald die wohlverdiente Muße und vor allem die Zeit.

Wir alle wünschen für unseren Verband, das Gerhard Lange diesem weiterhin immer treu gesonnen bleiben möge; wir können auf seine Erfahrungen und tiefen Einblicke in die Berufsbildungspolitik nicht verzichten und hoffen, noch oft darauf zurückkommen zu dürfen.

Norbert Boese

GEW befürwortet Stellenstreichungen im berufsbildenden Bereich und die Rückführung der Stellen- und Budgetbewirtschaftung an das Kultusministerium

In einem Bericht der Zeitschrift EuW 10/11 2014 kritisiert die GEW die Haltung der Berufsschullehrerverbände BLVN und VLWN zu den Stellenstreichungen und zur Rückführung der Bewirtschaftung der Stellen und der Budgets der Berufsbildenden Schulen an das Kultusministerium und bezeichnet sie als uneinsichtig und stur.

In dem Artikel wird in keiner Weise Rechnung getragen, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen die Umwandlung aller berufsbildenden Schulen an Regionale Kompetenzzentren stattfindet. Es wird in diesem Artikel zum Beispiel auch an keiner Stelle darauf hingewiesen, dass viele Berufsbildende Schulen, wie von den ausbildenden Betrieben und Unternehmen vor Ort gefordert, Berufsorientierungsmaßnahmen zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen durchführen. Diese belasten vollständig die Unterrichtsversorgung der Berufsbildenden Schulen. Sie übernehmen somit in diesem Bereich einen Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen zulasten ihrer eigenen Unterrichtsversorgung.

Nach Ansicht des BLVN und des VLWN belegt der Artikel wieder einmal die Unkenntnis der Autoren von der Situation in den Berufsbildenden Schulen. Es ist schon bedauerlich, wenn der GEW-

Landesvorsitzende Brandt, der wie auch in dem Artikel im Rundblick Nr. 162 vom 9. September 2014 belegt, noch nicht einmal den Unterschied zwischen den Berufsschulen, als einer von vielen Schulformen der Berufsbildenden Schulen, und den Berufsbildenden Schulen an sich kennt.

Es ist aber polemisch, hetzerisch und zeigt in keinerlei Weise die Wertschätzung des laufenden Prozesses der Umwandlung der Berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren an den Berufsbildenden Schulen durch den Vorsitzenden der GEW, wenn den Schulleiterinnen und Schulleitern durch diese Arbeit der Ausbau ihrer eigenen Interessen und ihrer Machtposition unterstellt wird. Wer so argumentiert, missachtet und diskreditiert die jahrzehntelange intensive und erfolgreiche Arbeit der Beteiligten, die an der Entwicklung, Erprobung und Umsetzung des Modellversuchs „Projekt Regionale Kompetenzzentren“ mitgearbeitet haben. Sie haben dazu beigetragen, dass es zu einem Vorzeigeprodukt der Landes Niedersachsen auf Bundesebene geworden ist. Wer so argumentiert, schadet letztendlich auch dem schulischen und politischen Frieden im Land.

Unabhängig davon stehen der BLVN und der VLWN uneingeschränkt zu ihrer Forderung, Möglichkeiten zum Gestalten müssen Vorrang haben vor „Erhalten durch Verwalten“.

V. i. S. d. P. Heinz Ameskamp, Jürgen Brehmeier

Pressemitteilung des BV Ostfriesland

Berufliche Bildung – ein Stiefkind der Landesregierung

Mitglieder des Bezirksverbandes Ostfriesland (BLVN) diskutierten mit regionalen Abgeordneten des Landtages an der BBS Wittmund über einige drängende Themen in der Berufsbildung.

In Einstiegsstatements brachten Volker Thomsen (stellvertretender Schulleiter BBS Wittmund) sowie Klaus Engelbrecht (Moderator, Vorsitzender des BV Ostfriesland) die drängendsten Probleme in der Berufsbildung auf den Punkt. Dies ist zum einen die Frage, wie qualifizierter Berufsschullehrernachwuchs zeitnah gewonnen, und zum anderen, wie der demografische Wandel als Chance genutzt werden kann. Des Weiteren stellt sich den Berufsschullehrern die Frage, wie die Lehrgesundheit bei immer größer werdender Aufgabenvielfalt erhalten werden kann.

Holger Heymann MDL (SPD), Karl-Heinz Bley MDL (CDU) und Bernd Försterling MDL (FDP) nehmen aus der Diskussion mit, dass die Berufsschullehrer die Berufsbildung als Stiefkind der Landesregierung sehen. Die Politiker und Berufsschullehrer sind sich einig, dass das duale Berufsschulwesen eine wichtige Säule für die Wirtschaft darstellt und dass daher die Berufsbildung auch wieder eine größere Wertschätzung verdient.



Klaus Engelbrecht (Moderator und Vorsitzender des BV Ostfriesland), Björn Försterling MDL (FDP), Karl-Heinz Bley MDL (CDU) Holger Heymann MDL (SPD) (von links)



Volker Thomsen, stellvertretender Schulleiter der BBS II Wittmund begrüßt die Mitglieder des BV Ostfriesland

Pressekontakt:
Klaus Engelbrecht
Tel. 04921.61850

Eva Meyer-Mahr
Tel. 04921.942983

Informationen für Senioren

Was sich 2015 ändert

Kirchensteuer

Künftig führen Banken, Sparkassen, Versicherer und Wohnungsbaugenossenschaften auch die auf Kapitalerträge entfallende Kirchensteuer direkt ab. Die Kapitalertragssteuer wird schon seit 2009 direkt an der Quelle von Banken automatisch erhoben und an den Fiskus abgeführt. Kirchensteuer auf die Kapitalertragssteuer wurde bisher nur nach Mitteilung des Steuerzahlers weitergeleitet.

Rentenbeitrag

Der Rentenbeitragssatz sinkt von aktuell 18,9 auf 18,7 Prozent. Bis 2018 soll er unverändert bleiben.

Krankenkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen können über einen Teil der Beiträge selbst bestimmen. Dazu wird der bisherige Beitrag um 0,9 Punkte auf 14,6 Prozent gesenkt. Auf diesem Niveau ist es den Kassen möglich, einen Zusatzbeitrag zu erheben. Der dürfte im ersten Jahr bei fast allen Kassen um die 0,9 Prozentpunkte betragen. Erwartet wird, dass er dann deutlich sinkt. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) verspricht sich mehr Wettbewerb unter den Kassen.

Krankheiten

Als Berufskrankheiten werden nun auch Formen des „weißen Hautkrebses“ und andere Krankheiten anerkannt. Betroffene ha-

ben Anspruch auf Behandlung aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

Reha-Leistungen

Die Bundesregierung fördert die Rehabilitation stärker. Ambulante Reha-Einrichtungen werden künftig in die Gewerbesteuerbefreiung einbezogen und damit stationären Einrichtungen gleichgestellt. Dies stärkt den Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Auto-Abmeldung

Ab 1. Januar zugelassene Fahrzeuge können später beim Kraftfahrtbundesamt online abgemeldet werden. Ermöglicht werden soll dies über neue Sicherheitscodes auf den Prüfplaketten des Nummernschilds und im Fahrzeugschein sowie dem neuen Personalausweis.

Nummernschilder

Autobesitzer dürfen ihr Kennzeichen bei Umzügen in ganz Deutschland mitnehmen. Die Pflicht zur „Umkennzeichnung“ für den neuen Zulassungsbezirk entfällt. Innerhalb einiger Länder galt dies schon. Der Tarif der Kfz-Versicherung richtet sich nach dem Wohnort.

Heizungen und Öfen

Die Austauschpflicht für alte Heizungen wird verschärft. Künftig dürfen Heizkessel, die vor 1985 installiert wurden, nicht mehr be-

trieben werden. Die 30-Jahre-Altersgrenze wandert in den kommenden Jahren mit: Ab 2016 müssen auch alle Heizkessel getauscht werden, die im Jahre 1985 eingebaut wurden. Ausnahme: Immobilienbesitzer, die ihr Haus oder ihre Wohnung bereits zum 1. Februar 2002 selbst bewohnt haben, müssen ihre Heizkessel nicht nachrüsten. Auch Besitzer von alten Holzöfen müssen tätig werden. Bestimmte Modelle müssen mit Partikelfiltern nachgerüstet werden. Modelle, die vor dem Jahr 1975 errichtet wurden und deren Schadstoffausstoß festgelegte Grenzwerte überschreitet, müssen dann ausgemustert werden. Das sieht das Bundes-Immissionsschutzgesetz vor.

Lebensversicherungen

Ab Januar 2015 sinkt der Garantiezins, den Versicherer beim Abschluss von Neuverträgen versprechen (müssen), von derzeit 1,75 auf 1,25 Prozent. Es handelt sich um den Zinssatz, der maximal auf den Sparanteil im Beitrag zugesagt werden darf. Im Gegenzug steigt die Überschussbeteiligung: Kunden werden an den sogenannten Risikoüberschüssen statt bislang zu 75 künftig zu mindestens 90 Prozent beteiligt.

*Peter Bahr, BLVN-Seniorenvertretung,
Nr. 75 HP, Dezember 2014*

Personalräte informieren

Fortbildung

Arbeitsrecht im Hinblick auf Frauen

Im Rahmen einer zweitägigen Fortbildung sollen Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse von Frauen geklärt werden.

Inhalt der Fortbildung:

- Besonderheit der Arbeitsverhältnisse von Frauen
- Spezifische Fragestellungen und Vorschriften
- Die Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten
- Gleichstellungsgebote
- Diskriminierungsverbote
- Frauenförderpläne

Begründung der Arbeitsverhältnisse:

- Verfahren der Stellenbesetzung
- Fragestellungen im Vorstellungsgespräch
- Einstellungshemmnisse
- Besetzung von Führungsstellen

Inhalte der Beschäftigungsverhältnisse:

- EqualPay für gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit
- Rechtsgrundlagen, zum Beispiel GG, AEUV, AGG, Eingruppierungsrecht
- Feststellung der Gleichwertigkeit
- Gleichbehandlung und tarifliches Entgeltsystem
- Rechtsfolgen

Weitere Inhalte:

- Mutterschutz und Elternzeit
- Aktueller Stand

- Teilzeitarbeit
- Gesetzliche und tarifliche Ansprüche auf Teilzeit
- Beurlaubungsmöglichkeiten

Sexuelle Belästigung und Mobbing:

- Definitionen (unter anderem laut des AGGs)
- Beweislastfragen
- Handlungsstrategien
- aktuelle Rechtsprechung

Termine Donnerstag, 12. Februar 2015, 10 Uhr,
Freitag, 13. Februar 2015, ca. 16.30 Uhr

Ort Akademie des Sports – Landessportbund Hannover

Kursleitung Marion Weilke-Gause

Referentin Petra Woocker, Fachanwältin für Arbeitsrecht

Zielgruppe Gleichstellungsbeauftragte, Personalräte

Kosten 220 Euro für Mitglieder des BLVN
260 Euro für Nichtmitglieder

Bei kurzfristiger Absage muss die Kursgebühr bezahlt werden, da der Tagungsraum gebucht ist.

Die Kosten werden von den Schulen getragen und müssen 14 Tage vor Kursbeginn überwiesen werden.

Maximale Teilnehmerzahl: 15



Unsere Verbandskreditkarte

Der BLVN bietet seinen Mitgliedern kostenlos eine MasterCard Gold an

Seit dem 1. April 2011 stellt der Berufsschullehrerverband Niedersachsen seinen Mitgliedern – als eine weitere Dienstleistung – eine MasterCard Gold mit einigen besonderen Vorteilen kostenlos zur Verfügung.

Diese Vorteile haben unsere Mitglieder:

Alle Mitglieder des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen können mit der neuen Verbandskreditkarte ab sofort weltweit bargeldlos und ohne Gebühren bezahlen. Neben dem Wegfall der vielfach üblichen Auslandszuschläge gibt es viele zahlreiche weitere Nutzungsvorteile, insbesondere durch Rabatte beim Kauf von Neuwaren, durch hohe Rabatte bei Buchungen

von Reisen und durch kostenfreie Versicherungen für mit der Karte bezahlte Reisen.

Und so funktioniert es:

Ein Antragsformular für die Verbandskreditkarte und weitere Informationen sind auf der Homepage des Berufsschullehrerverbandes Niedersachsen unter www.blv-nds.de abrufbar. Dort werden die Vorteile und Möglichkeiten der Berufsschullehrerverband-MasterCard Gold erläutert und die allgemeinen Geschäftsbedingungen zum Abruf bereitgestellt. Sie finden auf der Homepage auch Antworten auf häufig gestellte Fragen zur gesamten Abwicklung und die allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Gabriele Matzke-Ludwig

Prima Ausbildungsqualität im Handwerk

Hannover, 27. November 2014. Das Handwerk geht bei der Nachwuchswerbung weiter in die Offensive. Ein wichtiger Mosaikstein dabei ist das Projekt „Ausbildungsqualität im Handwerk“ der Handwerkskammer Hannover. Am 27. November 2014 wurde die Auszeichnung „primAQ“ erstmals an 15 Ausbildungsbetriebe vergeben, die sich dem Beurteilungsverfahren gestellt haben.

„Eine hohe Ausbildungsqualität ist sicher die beste Werbung, die ein Handwerksbetrieb für sich machen kann“, erklärt der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hannover, Jans-Paul Ernting. „Daher unterstützen wir schon seit Jahren unsere Betriebe darin, ihre Ausbildungsleistung Stück für Stück zu verbessern.“ Auch Dirk Palige, Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) ist von der Offensive überzeugt. „Im Wettbewerb um Auszubildende und Fachkräfte muss das Handwerk gegen andere Wirtschaftsbereiche bestehen. Wer diese Auszeichnung vorweisen kann, punktet bei den Ausbildungsbewerberinnen und -bewerbern“, lobt er.

„Mitgliedsbetriebe der Handwerkskammer Hannover erhalten die Auszeichnung, wenn sie bestimmte Ausbildungsstandards erfüllt und eine Beurteilung durch einen Expertenbeirat erfolgreich absolviert haben“, erklärte Dr. Carl-Michael Vogt, für den Bereich Bildung zuständiger Geschäftsführer der Handwerkskammer Hannover.

Dabei ist die Auszeichnung nicht nur eine Momentaufnahme der Ausbildungsleistung der beurteilten Betriebe, sondern die Betriebe sind aufgefordert, weiterhin systematisch an der Qualität ihrer Ausbildung zu arbeiten. Dazu erhalten sie von der Handwerks-

kammer praxisnahe Hinweise, nützliche Unterlagen und attraktive Weiterbildungsangebote, die im Rahmen des Projektes „primAQ“ erarbeitet wurden.

Dass das anspruchsvolle Verfahren zur Verbesserung von Ausbildungsqualität Vorbildcharakter für andere Kammern hat, machte Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Berufsinstituts für Berufsbildung (BIBB), deutlich.

Mittlerweile haben mehr als 30 Handwerkskammern das von der Handwerkskammer Hannover entwickelte Konzept zur Ausbildungsverbesserung übernommen und setzen es in ihrer täglichen Beratungsarbeit ein. Auch in der Handwerkskammer Hannover wird das Projekt „primAQ“ fortgeführt.

„Wir werden unsererseits die Unterstützungsinstrumente für unsere Betriebe weiter optimieren“, betonte Carl-Michael Vogt. Betriebe, die ihre Ausbildungsqualität verbessern und das Signet primAQ erhalten möchten, können sich ab sofort bei der Abteilung 1 Berufliche Bildung der Handwerkskammer Hannover melden. Ansprechpartnerin ist Bettina Wolf-Moritz, Tel. 0511.34859-72, E-Mail: wolfmoritz@hwk-hannover.de.

Pressemitteilung der Handwerkskammer Hannover



Klare NBB-Positionen

Vier Entschlüsse nahezu einstimmig verabschiedet

In vier grundsätzlichen Entschlüssen hat der Landesgewerkschaftstag des NBB am 1. Dezember 2014 mit überwältigender Mehrheit klare Positionen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen und seiner Beschäftigten bezogen.

Zum Paradigmenwechsel in der Besoldung erwarten die rund 150 anwesenden Delegierten eine faire Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge ab 1. Januar des kommenden Jahres, die Nachbesserungsklausel mit Wirkung im selben Haushaltsjahr sowie endlich den Einstieg in den Abbau des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes.

Gefordert wurde die Schaffung eines innovativen Besoldungsgesetzes für Niedersachsen, das die Marktfähigkeit des Landes als Arbeitgeber in Zeiten sinkender Schul- und Studienabgängerzahlen gewährleistet. Hier steht auch die Verankerung eines „Sozialausgleichs“ für die unteren Besoldungsgruppen im Fokus, um die besondere Belastung dieser Besoldungsgruppen mit den einheitlichen Beitragssätzen der privaten Krankenversicherung abzumil-

dern und dadurch wieder eine amtsangemessene Besoldung herzustellen.

Weiter gaben die Delegierten ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und damit auch ein Bekenntnis zur Ablehnung des Streikrechts ab.

Die Forderung nach Bildung eines eigenständigen Landtagsausschusses für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen, damit eine stärkere Wahrnehmung der Sorgen und Nöte des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten möglich wird, richtete sich an die zahlreich anwesenden Landtagsabgeordneten aller Fraktionen.

Ein solcher Ausschuss würde auch eine Plattform für den NBB bieten, die Vorstellungen der von ihm vertretenen Kolleginnen und Kollegen in die parlamentarischen Beratungen direkter einzubringen, als das bislang möglich ist.

Erwartet wird von Landesregierung, eine „Wertebilanz“ des öffentlichen Dienstes aufzustellen, fortzuführen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Neue Landesleitung des NBB komplett

Die Delegierten des Landesgewerkschaftstages des NBB haben am 1. Dezember 2014 ihre Landesleitung für die nächsten fünf Jahre komplettiert.

In seinem Amt als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Martin Kalt (Mitglied im VNSB) mit 51,5 Prozent der Stimmen bestätigt.

Damit setzt sich die Landesleitung wie folgt zusammen:

Landesvorsitzender:

Friedhelm Schäfer

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Klaus Grothe, Joachim Henke, Martin Kalt, Marta Kuras, Jens Schnepel, Dr. Peter Specke

Ansprechpartnerin für nähere Informationen beziehungsweise Rückfragen ist die Leiterin der Landesbundesgeschäftsstelle, Frau Köhler (mobil: 0160.96624266).

Europas größte Bildungsmesse

Die Didacta findet 2015 wieder in Hannover statt.

Vom 24. bis 28. Februar 2015 können sich Interessierte rund um das Thema Bildung an verschiedenen Informationsständen, bei Vorträgen und Diskussionsrunden auf den aktuellen Stand der Bildungsthemen bringen. Der BLVN und VWLN werden mit ihren jeweiligen Bundesverbänden ebenfalls in den Hallen des Messegeländes Hannover vertreten sein. Aktuelle Informationen können Sie zeitnah unserer Homepage entnehmen.

Clarissa Herrmann

Praktische Ausbildung in der Fachschule Heilerziehungspflege

Im Kultusministerium wurde Anfang Oktober unter Leitung von Dr. Dag Danzglock die Dauer der praktischen Ausbildung in der Fachschule Heilerziehungspflege (HEP) beraten. Für den BLVN hat Renate Lippel teilgenommen.

Anlass war das Ergebnis einer Abfrage zur Dauer der praktischen Ausbildung bei den Fachschulen HEP. Der in den ergänzenden Bestimmungen für das berufsbildende Schulwesen (EB-BbS) vorgegebene Rahmen von 1 200 Zeitstunden wurde in nicht wenigen Fällen erheblich überschritten. Dr. Danzglock betonte, der Fachschulstatus gerät bei wesentlich höheren Stunden in Gefahr. Arbeitsrechtlich wären maximal 1 800 Stunden akzeptabel.

Diskutiert wurde die Beibehaltung der 1 200 Stunden praktischer Ausbildung oder alternativ eine Ausweitung der Stunden mit Vergütung ähnlich wie in der Berufsfachschule Altenpflege. Das alte Modell der zweijährigen Beschulung mit 6 Wochen Praktikum pro Jahr plus 1 Jahr bezahltem Praktikum widerspricht dem Lernfeldkonzept, wäre aber für Umschulungen geeignet.

Wünschenswert seitens des Kultusministeriums wäre ein Impuls aus der Berufsgruppe der Heilerziehungspfleger beziehungsweise von den Ausbildungsträgern.

Dr. Danzglock betonte, der Status quo würde zurzeit beibehalten. Das Fortbestehen des Fachschulstatus solle für eine mögliche Erhöhung der Stunden geprüft, ebenso die Frage der Ausbildung der Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger in anderen Bundesländern. Eine Ausbildungsvergütung müsste über das Sozialministerium mit den Trägerverbänden diskutiert werden. Bei allen Überlegungen müsse die Fachkräftesicherung berücksichtigt werden. Insgesamt seien die Zahlen in der Fachschule Heilerziehungspflege im laufenden Schuljahr um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Zudem gingen viele Fachschülerinnen und -schüler während der dreijährigen Ausbildung verloren. Diese Abbrüche müssten analysiert werden.

In circa einem halben Jahr wird das Kultusministerium zu einer weiteren Besprechung der Thematik einladen.

Renate Lippel

Altersdiskriminierende Besoldung in Niedersachsen

Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung hält Zahlungsansprüche von Beamten nur in geringem Umfang für begründet

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 30. Oktober 2014 im Nachgang zu einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über Zahlungsansprüche von Beamten wegen altersabhängiger Besoldung entschieden und solche nur in geringem Umfang für begründet gehalten.

Die Thematik der altersdiskriminierenden Besoldung steht beim NBB seit längerem im Fokus und ist Bestandteil von Diskussionen mit dem Niedersächsischen Finanzministerium über ein eigenständiges niedersächsisches Besoldungsrecht.

Da die Entscheidungsgründe des Bundesverwaltungsgerichts noch nicht vorliegen und dies üblicherweise auch noch einige Zeit dauern wird, können wir ebenso wie das Niedersächsische Finanzministerium derzeit keine belastbare Einschätzung abgeben, welche konkrete Auswirkung die Entscheidungen auf Niedersachsen haben werden. Offene Widersprüche bleiben nach unseren Informationen weiterhin ruhend gestellt.

Nach Vorliegen der Entscheidungsgründe werden wir diese und deren Auswirkung auf die niedersächsische Besoldung eingehend prüfen und im Anschluss wie bekannt informieren.

Info: Niedersächsischer Beamtenbund

Moin, moin!

An der Berufsfachschule Altenpflege der Berufsbildenden Schulen des Landkreises Oldenburg wird seit 2010 platt geschnackt – eine Sprache, die vor allem bei der älteren Bevölkerung Norddeutschlands noch sehr präsent ist. Zu verdanken ist dies der Pflegepädagogin Hella Einemann-Gräbert, die sich von dem Sprachunterricht viel verspricht: Die Pflegeschülerinnen und -schüler sollen sich mithilfe ihrer Sprachkenntnisse neue Zugänge zu den Patienten eröffnen, die plattdeutsch sprechen und die Sprache als Teil ihrer Heimatkultur betrachten. Besonders Demenzpatienten reagieren positiv und kommunikativ, wenn sie von Pflegenden auf plattdeutsch angesprochen werden ...

Frau Einemann-Gräbert, Sie unterrichten an Ihrer Altenpflegeschule Plattdeutsch beziehungsweise Niederdeutsch. Wie kam es zu dieser Idee?

Hella Einemann-Gräbert: Plattdeutsch ist hier bei uns in Norddeutschland insbesondere bei der älteren Generation eine weit verbreitete Sprache. Sie wird fast ausschließlich gesprochen – nicht geschrieben – und ist den Menschen als Teil ihrer Heimatkultur sehr vertraut. Wenn Pflegenden diese Sprache kennen und anwenden können, erschließen sie sich einen wichtigen Zugang zu den Patienten beziehungsweise Bewohnern.

Natürlich hat auch eine Rolle gespielt, dass Plattdeutsch meine Muttersprache ist, ich mit dieser Sprache also selbst sehr vertraut bin und weiß, welche Bedeutung sie für viele Menschen besitzt. Ich habe die Idee, Plattdeutsch an unserer Altenpflegeschule zu unterrichten, eine ganze Weile mit mir herumgetragen ...

Sicherlich waren einige bürokratische Hürden zu überwinden ...

Hella Einemann-Gräbert: Ach, wichtig ist vor allem der Wille. Ich habe es einfach mal drei Wochen ausprobiert; habe meinen ganz normalen Fachunterricht auf Plattdeutsch gegeben und geschaut, ob das funktioniert. Hat es. Dann habe ich ein pädagogisches Konzeptpapier verfasst und das weitere Vorgehen wie Evaluierung, Pressearbeit, Konzipierung eines Zertifikats und so weiter natürlich mit der Schulleitung abgesprochen.

Sprechen jetzt alle Lehrer plattdeutsch im Unterricht?

Hella Einemann-Gräbert: Nein, bislang mache nur ich das. Das reicht aus, um den Schülern ein Grundverständnis der Sprache mit auf den Weg zu geben. Im nächsten Jahr steigt noch eine weitere Kollegin mit ein und unterrichtet auch auf Plattdeutsch. Wichtig ist, dass es sich um keinen rein plattdeutschen Unterricht handelt,

das heißt, die Schüler dürfen sich auch auf hochdeutsch zu Wort melden. Darüber hinaus haben wir eine Dozentin angestellt, die in allen Klassen ein halbes Jahr lang plattdeutschen Sprachunterricht erteilt. Hier werden vorrangig Alltagsdialoge, pflegerische Fachbegriffe und Redewendungen sowie die norddeutschen Bräuche und Sitten vertieft. Der Sprachunterricht und der teilweise auf Plattdeutsch erteilte Fachunterricht stellen sicher, dass nun alle Schüler ausreichende Kenntnisse und vor allem den Mut haben, im Berufsalltag die Sprache anzuwenden.



Foto: Einemann-Gräbert

Hella Einemann-Gräbert

Pflegepädagogen, die nähere Informationen über den Plattdeutsch-Unterricht haben möchten, können sich gerne an Hella Einemann-Gräbert wenden: hella.einemann-graebert@bbs-wildeshausen.de.

Bringen die Schüler Vorkenntnisse mit?

Hella Einemann-Gräbert: Ja, viele verstehen Plattdeutsch. Beim Sprechen sieht es schon anders aus: Das können nur noch sehr wenige. Vorkenntnisse sind natürlich von Vorteil. Wir konnten aber feststellen, dass auch Schüler ohne Vorkenntnisse schnell begeistert sind und sich mitreißen lassen. Vieles passiert ganz automatisch im Pflegealltag – etwa wenn die Schüler das ein oder andere Wort auf Plattdeutsch sprechen und sehen, dass von den Bewohnern eine Reaktion kommt, und schon sind sie im Gespräch.

Sie haben Plattdeutsch nicht um seiner selbst willen eingeführt, sondern Sie verfolgen damit explizit pflegerische Ambitionen.

Hella Einemann-Gräbert: Ja, Pflegenden, die plattdeutsch sprechen, intensivieren die Beziehung zu ihren Patienten. Die Sprache baut Brücken, hilft, das Wohlbefinden zu stärken und öffnet Türen zu schwierigen pflegerischen Situationen. So kann auch die Arbeitszufriedenheit der Pflegenden gesteigert werden. Besonders demenziell erkrankte Personen brauchen eine einfache, verständliche Sprache. Eine Begegnung in der Erstsprache schafft hier eine überlebenswichtige Zwischenwelt zwischen Vergangenheit und Zukunft. Das gilt natürlich nur, wenn die Menschen Plattdeutsch als Muttersprache haben oder zumindest viel auf Plattdeutsch gesprochen haben. Aber bei diesen Patienten – und das sind im norddeutschen Raum nicht wenige – kann die Ansprache auf Plattdeutsch sehr wichtig sein. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: In einem Pflegeheim wurde mir eine demente Bewohnerin vorgestellt, von der es hieß, sie spreche wenig bis gar nichts mehr. Ich sprach sie auf Plattdeutsch an und wir waren sofort im Gespräch. Wir haben uns eine halbe Stunde lang unterhalten; sie wollte mich gar nicht mehr gehen lassen.

(chh)

Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontakt Daten: siehe Impressum).

Wir gratulieren

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre							
Logemann	Gabriele	Delmenhorst	06.01.1955	Brenneke	Günter	Hannover ME	16.01.1955
Groeneveld	Barbara	Syke	13.01.1955	Hinrichs	Margaretha	Vechta	16.01.1955
				Ley	Arthur	Leer	18.01.1955
				Brinkmann	Heinrich-Jürgen	Nordhorn A	24.01.1955

Dohrmann	Helga	Nienburg	29.01.1955	84 Jahre			
Kruth	Franz-Josef	Papenburg	29.01.1955	Frenzel	Günter	Emden	30.01.1931
Brinkhaus	Gerhard	Lingen	13.02.1955	Tyedmers	Marga	Ammerland	05.02.1931
Frerichs	Margrit	Friesoythe	15.02.1955	Janssen	Oltmann	Syke	10.03.1931
Matzke-Ludwig	Gabriele	Einzelmitglied	24.02.1955	Sachau	Ilse	Cadenberge	11.03.1931
Pape	Maria-Elisabeth	Neustadt A	28.02.1955				
Ziegler	Günter	Göttingen	15.03.1955	85 Jahre			
Füllgraf	Joachim	Meppen	16.03.1955	Urban	Franz	P Osnabrück	09.01.1930
Habenicht	Herbert	Rinteln	17.03.1955	Wacker	Justus	Lüneburg	11.02.1930
Freese	Thea	Meppen	23.03.1955	Prophet	Jörg	Wolfsburg	22.03.1930
Bruns	Günter	Wesermarsch	24.03.1955	Hempel	Lisa	Wildeshausen	24.03.1930
Wübbeler	Maria	Wildeshausen	25.03.1955	Mencke	Rudolf	Braunschweig II	28.03.1930
Adomat	Holger	Wildeshausen	28.03.1955				
65 Jahre				86 Jahre			
Bernau	Gesine	Wittmund	18.01.1950	Dziemba	Herbert	Stadthagen	02.01.1929
Duen	Ludger Vitus	Friesoythe	22.01.1950	Huser	Maria	Bersenbrück	08.03.1929
Beermann	Alwin	Nienburg	25.01.1950				
Lagershausen	Rolf	Osterode	28.01.1950	87 Jahre			
Hensen	Hermann	Papenburg	31.01.1950	Bühler	Walter	Leer	01.02.1928
Jänen	Hermann	Lingen	14.02.1950	Pellens	Elisabeth	Hameln	06.03.1928
Buhr	Wilhelm	Soltau	15.02.1950	Richter	Erika	Hildesheim	24.03.1928
Holtkamp	Johann	Nordhorn G	17.02.1950	Sauer	Gerhard	Hannover 2	26.03.1928
Bethmann	Joachim	Ammerland	18.02.1950				
Bertram	Eugen	Göttingen	02.03.1950	88 Jahre			
Meyering	Friedhelm	Meppen	10.03.1950	Katenkamp	Lore	Oldenburg	22.01.1927
Meischies	Uwe	Wildeshausen	13.03.1950	Weritz	Dietmar	P Stade	29.01.1927
Gaida	Joachim	Buchholz	26.03.1950	Mevenkamp	Wilhelm	Meppen	30.01.1927
				Spille	Rolf	Delmenhorst	04.02.1927
				Knorre	Felicitas	Lüneburg	27.02.1927
				Tschiedert	Margund	Springe	27.03.1927
				Awiszus	Martin	Braunschweig II	31.03.1927
70 Jahre				89 Jahre			
Jung	Dierk	Holzminden	17.01.1945	Müller	Kaspar	P Osnabrück	08.02.1926
Anser	Wolfram	Rinteln	19.01.1945	Hillmar	Hans-Werner	Soltau	02.03.1926
Stevens	Anne	Papenburg	28.01.1945	Gräper	Erich	Walsrode	26.03.1926
Kempf	Horst	Hannover ME	09.02.1945				
Reichel	Edith	P Hannover	24.02.1945	90 Jahre			
75 Jahre				Bertermann	Günter	P Osnabrück	18.01.1925
Neuhaus	Peter	Hameln	06.01.1940	Brasch	Horst	Ammerland	16.02.1925
Wiesner	Klaus	Braunschweig II	17.01.1940	Bormann	Erich	Goslar	19.02.1925
Brummerloh	Harald	Osterholz-Scharmbeck	20.01.1940	Buerig	Horst	Braunschweig II	04.03.1925
Bradt	Friedrich	Hameln	25.02.1940	Bitter	Otto	P Braunschweig	24.03.1925
Diringer	Christiane	Oldenburg	09.03.1940				
Schlikker	Herbert	Nordhorn G	24.03.1940	91 Jahre			
Stehle	Franz	Nordhorn G	30.03.1940	Pallapies	Hartmut	P Osnabrück	23.01.1924
Rode	Manfred	Hannover ME	31.03.1940	Heydenreich	Gabriele	P Braunschweig	01.02.1924
				Müller	Hans	Braunschweig II	17.02.1924
				Behrens	Gertrud	Wildeshausen	04.03.1924
				Brunken	Günther	Peine	25.03.1924
80 Jahre				92 Jahre			
Menzel	Christa	P Braunschweig	07.01.1935	Krysewski	Kurt	P Braunschweig	26.01.1923
Kohlhaw	Rudolf	P Hannover	20.01.1935	Rasch	Oswald	Holzminden	23.03.1923
Knop	Rudi	Vechta	03.02.1935				
Wilke	Maria	Vechta	02.03.1935	93 Jahre			
Conrady	Alfons	Osterode	14.03.1935	Gille	Heinrich	P Lüneburg	07.03.1922
				Bruns	Helmut	Lüneburg	15.03.1922
81 Jahre				94 Jahre			
Görsmann	Friedrich	Hannover 6	05.01.1934	Nieswand	Ursula	Hildesheim	03.02.1921
Rieken	Gertrud	Wittmund	07.01.1934	95 Jahre	Ursula	P Braunschweig	04.01.1920
Steineke	Ernst	Springe	26.02.1934	Gaebler			
Grote	Kurt	Hameln	18.03.1934	96 Jahre			
Dormeyer	Eleonore	Alfeld	21.03.1934	Janßen	Karl	P Osnabrück	15.02.1919
Siegmann	Christiane	Hameln	30.03.1934	Heumann	Hans-Joachim	P Hannover	20.03.1919
82 Jahre				98 Jahre			
Lindel	Franz	Salzgitter	06.01.1933	Koeltz	Sabine	Salzgitter	15.03.1917
Schmidt	Hannelore	Hannover 21	10.01.1933	100 Jahre			
Patzke	Werner	Hannover ME	29.01.1933	Höhne	Fritz	P Stade	06.01.1915
Gause	Helmut	Göttingen	27.02.1933				
Müller-Dormann	Gisela	Wolfsburg	11.03.1933				
Övermöhle	Heinz	Papenburg	20.03.1933				
83 Jahre							
Veuskens	Wilhelm	Lingen	17.01.1932				
Sodt	Erich	Holzminden	23.03.1932				

Wir gedenken

Geburtsdatum	Verstorben	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
09.12.1920	08.02.2014	Boldt	Gerhard	Hannover	Diepholz	OStD a.D.
18.10.1918	21.04.2014	Frickenhelm	Ursula	Hannover	Diepholz	OStR'in a.D.
29.06.1926	05.09.2014	Trede	Hans-Werner	Stade	P Stade	OStD a.D.
09.07.1934	14.10.2014	Sander	Friedrich-W.	Lüneburg	Lüneburg	OStR a.D.
17.10.1948	26.10.2014	Wiggermann	Leo	Osnabrück	Osnabrück-Haste	StD a.D.
27.09.1939	28.10.2014	Bode	Alfred	Braunschweig	Göttingen	L.f.F. a.D.

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 7-Fachen
Ihrer Nettobezüge**

0,- Euro¹⁾

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 6,99 %²⁾ p. a. Abruf-Dispokredit¹⁾

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettobezüge

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank eG

Direktbank, 76119 Karlsruhe
Telefon 07 21/141-23 09, Telefax 07 21/141-23 08
E-Mail direktbank@bbbank.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das



BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst